

# RATHAUSREPORT

## Wieviel Familienfreundlichkeit will sich Potsdam leisten?

*Kita-Elternbeitragssatzung und neuer Grundschulstandort gehen zurück in die Ausschüsse*

Neue Grundschulstandorte, neue Elternbeitragssatzung, Kitabedarfsplanung – mehrere Themen der letzten SVV waren von ganz unmittelbarer Bedeutung für junge Familien in Potsdam.

Schon in den Ausschussberatungen hatte die AWO als größter Potsdamer Kita-Träger deutlich gemacht, dass der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf einer neuen Elternbeitragssatzung für die Potsdamer Kitas sozial unausgewogen und in Teilen rechtswidrig sei. Auch DIE LINKE hatte erhebliche Bedenken. Zwar soll mit der Neufassung die Deckelung der Beiträge für Jahreseinkommen über 77.000,- EUR endlich angehoben werden. Eine konsequente Entlastung von Bedarfsgemeinschaften und Geringverdienern ist aber auch mit der neuen Ordnung nicht gewährleistet. Deswegen hatte die Fraktion schon in die Ausschussberatungen mehrere Änderungsanträge eingebracht. Unter anderem sollte die Beitragsfreigrenze von 17.500,- auf 30.000 EUR angehoben werden. Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben oder für die Kinderzuschlag bezogen wird, sollten von Elternbeiträgen und Essengeld grundsätzlich befreit werden. Diesen Familien steht lediglich das Existenzminimum zur Verfügung, in das schon rein rechtlich nicht eingegriffen werden dürfe, so die AWO-Geschäftsführerin Angela Basekow in der Debatte. Dies ist mit der von der SPD beantragten und im Jugendhilfeausschuss befürworteten Anhebung auf lediglich 22.500,- EUR nicht gewährleistet. Diese rechtliche Unsicherheit und der Wunsch der CDU, den Beitragsanstieg für die oberen Einkommensgruppen stärker zu begrenzen, bewog sie schließlich zu einem Antrag auf Rücküberweisung. Dem folgte nach der kontroversen Debatte eine Mehrheit im Plenum.

Ein weiterer „Zankapfel“ wurde dagegen in letzter Minute noch einmal zurück in die Ausschüsse verwiesen. In ungewöhnlicher Hektik hatten Oberbürgermeister, Bauverwaltung und Entwicklungsträger im April eine neue Lösung für den in Krampnitz vorgesehenen Grundschulstandort vorgeschlagen. Dieser soll ins Gewerbegebiet der Roten Kaserne Ost verlegt werden.



Die eigentlich für einen längeren Zeitraum vorgesehene Übergangslösung an der Esplanade sollte dafür entfallen können. Es ließen sich erhebliche Kosten und Flächen sparen. Der Haken: Krampnitz würde bei einer solchen Lösung wohl dauerhaft auf eine Grundschule verzichten müssen - die Kinder aus den nördlichen Ortsteilen müssten weite Fahrwege in Kauf nehmen. DIE LINKE hatte sich bereits in den Ausschussberatungen dezidiert gegen diese Lösung ausgesprochen. Auf Kosten der Grundschüler dürfe nicht gespart werden. Offenbar weckten die Argumente auch in anderen Fraktionen Zweifel. Mit der Rücküberweisung sollen nun vor allem die betroffenen Ortsbeiräte erstmals Gelegenheit bekommen, sich zu äußern.

Der bereits im Herbst eröffnende Grundschulstandort Bornim war Thema einer großen Anfrage der SPD. Es ging vor allem darum, die Perspektive einer Stadtteilschule zu erkunden. Nach der Kündigung des Betreibervertrages für das ansässige Bürgerhaus durch die AWO hat zu massiver Verunsicherung geführt. Der Einrichtung einer Stadtteilschule nach dem Drewitzer Vorbild erteilte die Verwaltung eine deutliche Absage. Ausschlaggebend seien hier vor allem die zu erwartenden Kosten. Wie sich die Zusammenarbeit von Hort, Schule und Bürgerhaus künftig gestalten, hänge auch von einer Entscheidung zum neuen Betreiber ab.

### Mit auf den Weg ...

*Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,*

*die letzte Sitzung vor der Sommerpause verlief wieder doch recht turbulent, so dass der Zeitrahmen bis 22.00 Uhr voll ausgeschöpft wurde.*

*Die Diskussion um die neue Kita-Satzung zeigte, dass*



*in Potsdam noch einiges getan werden muss, um die Kita-Beiträge sozial angemessen auszugestalten. Es ist bezeichnend, dass die Linken die Kritik und die Vorschläge der AWO ernst nehmen und auf baldige Änderung drängen, während die SPD nur eine halbherzige Regelung will.*

*Beim „Minsk“ geht der Daumen des Oberbürgermeisters nach unten, da er offensichtlich keinerlei Beziehung zu diesem Gebäude hat. Obwohl der Landessportbund mit der Einrichtung einer Kita eine echte Chance für den Erhalt des traditionsreichen und prägenden Baus am Brauhausberg aufzeigte und sogar bereit war, den vollen Preis von 1,5 Millionen Euro zu zahlen, wurde das Angebot durch die Stadt abgelehnt. Vor vier Wochen wurden noch Fortschritte in den Gesprächen des OB mit dem LSB konstatiert.*

*Unerfreulich ist auch die geschlossene Ablehnung der Rathauskooperation zu unserer erneuten Forderung nach einer Bürgerbefragung zum Lustgarten, insbesondere zum „Mercure“. Da die Planungswerkstatt nur mit geringer Bürgerbeteiligung verbunden war, sollte durch eine Befragung ein repräsentatives Meinungsbild eingeholt werden. Ansonsten sind die vom Land finanzierten 520.000 Euro rausgeworfenes Geld. Wir lassen nicht locker!*

*Ihr*

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Seit einem Jahr am Puls der Stadt



*Seit nunmehr einem guten Jahr bin ich Stadtverordneter in Potsdam. In dieser Zeit konnte ich einen recht guten Überblick über die Arbeit der Fraktionen, der Verwaltung und des Oberbürgermeisters erlangen. Ich war und bin teilweise immer noch überrascht, wie nahe Niederlagen und Erfolge in der städtischen Politik beieinander liegen. Ich musste leider immer wieder erleben, dass notwendige soziale Ausgleichs an den Stadtverwertungsabsichten der Rathauskooperation scheitern, während für wenig sinnhafte Prestigeveranstaltungen das nötige Geld aus dem Hut des Finanzbeigeordneten gezaubert wird. So wird vehement der Antrag der LINKEN auf ein kostenloses Schulessen für finanziell benachteiligte Kinder abgelehnt, aber zeitgleich ein ergebnisorientiertes, bestimmt nicht ergebnisoffenes, Bürgerbeteiligungsverfahren „Lustgarten“ exorbitant finanziert. Gewöhnungsbedürftig war für mich aber auch, den Plenarsaal mit der AfD teilen zu müssen. Diese sind allerdings durch fehlende politische Beiträge in der Versenkung verschwunden. Da dürfen sie auch gerne bleiben. Und trotz aller Unzulänglichkeiten von Politik, es macht Spaß, den Puls Potsdams zu spüren und die Geschehnisse seiner Heimatstadt mit zu gestalten.*

Michél Berlin

### Potsdam-Museum nicht belasten

Der Rückbau des umstrittenen Treppengitters im Potsdam-Museum ist beschlossene Sache. Nach dem Willen der Verwaltung soll allerdings das Museum selbst für die Kosten aufkommen. DIE LINKE plädierte mit ihrem Antrag für die Wahrung des Verursacherprinzips - der KIS als Bauherr sollte zahlen. Trotz des übersichtlichen Anliegens wurde der Antrag in den Kultur- und in den KIS-Werksausschuss überwiesen.



©PotsdamMuseum, Foto: Kienzle & Oberhammer

### Ehrenamt in Bürgerhäusern unterstützen

In den Bürger- und Begegnungshäusern der Stadt laufen die meisten Aktivitäten auf der Basis ehrenamtlichen Engagements. Die Gewinnung von Nachwuchs für diese Aufgaben wird insbesondere im Bereich der Leitungen jedoch immer schwieriger, weil die damit verbundene Aufgabenfülle den Umfang eines Ehrenamtes bei weitem übersteigt. DIE LINKE wollte mit ihrem Antrag die Verwaltung beauftragen, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Ehrenamt in diesem Bereich von der Stadt besser und auch finanziell unterstützt werden kann. Der Oberbürgermeister offenbarte in seiner Entgegnung ein merkwürdiges Verständnis der Aufgabenteilung zwischen Verwaltung und Stadtverordneten. Er sei nicht dazu da, gute Ideen der Politik entgegenzunehmen und dann Pläne zur Umsetzung zu erarbeiten. Wer eine solche Unterstützung

wolle, müsse dann schon selbst sagen, wie sie aussehen und finanziert werden solle. Hans-Jürgen Scharfenberg entgegnete, dass genau das aber die von der Kommunalverfassung vorgesehene Aufgabe der Verwaltung sei - Aufträge der Politik entgegenzunehmen und umzusetzen. Der Antrag wurde auf Antrag der SPD in den Hauptausschuss überwiesen.

### Hauptstadtgespräch

Daes nach dem Wegfall des Hauptstadtvertrages keine verbindliche Basis mehr für die Beziehungen zwischen Stadt und Land gibt, regte DIE LINKE in ihrem Antrag an, mit einem jährlichen Hauptstadtgespräch eine Plattform zu schaffen, auf der Entwicklungsfragen Potsdams, die durch seine Funktion als Landeshauptstadt für das ganze Land von Bedeutung sind, regelmäßig miteinander zu diskutieren. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde dieser Antrag ohne Einbringung in den Hauptausschuss verwiesen.

## Schwerpunkt: Verkehr

### Havelspange gescheitert

Die Lösung der Potsdamer Verkehrsprobleme entwickelt sich immer mehr zu einem zentralen Zankapfel der Stadtpolitik. Auch die PotsdamerInnen hatten kürzlich den Verkehr noch vor dem Thema Wohnen zum wichtigsten Handlungsfeld der Stadt erklärt. Zuletzt waren vor allem die Wogen um eine mögliche Einengung der Zeppelinstraße hoch geschlagen. Die einsame Idee des Baubeigeordneten Matthias Klipp rief eine Bürgerinitiative auf den Plan, die seit April rund 2.200 Unterschriften für den Bau einer Ortsumgehung südwestlich von Potsdam sammelt. Dazu soll das eigentlich bereits 1999 beendigte Projekt wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Der geläufige Begriff „Havelspange“ ist dabei irreführend: Die Initiatoren setzen ausdrücklich nicht auf die alleinige Verbindung von B1 und B2 und die Havelquerung entlang der Bahnstrecke hinter dem Mercure sondern plädieren für eine Komplettumfahrung von der Nutheschnellstraße ab Wetzlarer Straße über Bahnhof-Rehbrücke, B2, B1 bis zur B273.

Die Unterschriftensammlung mündete in der SVV in einen überparteilichen Antrag zur Wiederaufnahme dieses Projektes in den Bundesverkehrswegeplan. Aus der Links-

fraktion gehörten Ralf Jäkel und Peter Kaminski zu den Antragstellern.

In der Debatte wurden die verhärteten Fronten schnell deutlich. Die Antragsteller vertraten die Auffassung, dass eine Reduzierung des Autoverkehrs angesichts der weiter stark wachsenden Stadt auch bei einer weiteren Attraktivitätssteigerung des ÖPNV aus ihrer Sicht illusionär sei. Allenfalls könne man den Anstieg begrenzen. Darüber hinaus rechnen sie bei einer Umsetzung der Umfahrung mit einer deutlich stärkeren Reduzierung der innerstädtischen Verkehrsströme – je nach Straße zwischen 10-30% – als die Verwaltung annimmt.

Matthias Klipp verwies darauf, dass die vorliegenden Untersuchungen ca. 95% der innerstädtischen Verkehre als Quell- und Zielverkehre identifiziert hätten. Diese könnte man mit einer Ortsumgehung nicht reduzieren. Nach kontroverser Diskussion scheiterte schließlich auch der Vorschlag von Hans-Jürgen Scharfenberg, den Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen, um ihn dort erneut zu diskutieren. In namentlicher Abstimmung votierten schließlich 31 Stadtverordnete – unter ihnen auch Mitglieder der LINKEN – gegen den Antrag, 20 stimmten dafür.

## Sportplatz Westkurve

Trotz vielfacher Beteuerungen der Verwaltung sei die Zuwegung zu dem beliebten Gelände in Potsdam-West nach wie vor nicht realisiert. Dr. Karin Schröter erkundigte sich deshalb nach dem aktuellen Sachstand. Burkhard Exner teilte mit, dass der erforderliche Vertrag durch die LHP bereits im April unterzeichnet worden sei. Die notarielle Annahme durch die WBG 1903 stehe allerdings nach wie vor aus. Angesichts der bisherigen Erfahrungen wollte er sich deshalb auf keinen endgültigen Termin zur Öffnung des Weges festlegen.

## Seniorenpolitische Konferenz

Jana Schulze wollte wissen, wann die Stadtverwaltung die ursprünglich für April im Rahmen der Erarbeitung des Seniorenplans geplante Konferenz durchführen werde. Frau Müller-Preinesberger erläuterte, dass man sich bewusst sei, hinter dem ursprünglichen Zeitplan zu liegen. Die thematischen Runden in unterschiedlichen Zusammensetzungen hatten mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. Die Ergebnisse würden derzeit für den Konzeptentwurf aufbereitet. Dieser soll nunmehr nach der Sommerpause vorliegen. Die Durchführung der Konferenz sei für Ende des Jahres vorgesehen.

## Minsk vor dem endgültigen AUS?

Auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg teilte die Sozialbeigeordnete Elona Müller-Preinesberger mit, dass der Antrag des Landessportbundes auf Aufnahme der im ehemaligen Minsk geplanten Kita in die Kitabedarfsplanung der LHP nach Prüfung abgelehnt wurde. Der Bescheid sei dem LSB am 15.06. zugestellt worden. Nach Darstellung der Verwaltung sei aufgrund der im Planungsraum bereits vorgesehenen zwei neuen Standorte ein Bedarf in dieser Größenordnung nicht zu erwarten. Dr. Sigrid Müller entgegnete, dass ihr diese Prognose aufgrund des vorgesehenen inhaltlichen Konzeptes sowie des zu erwartenden Anstieges der Zahl von Flüchtlingskindern nicht plausibel erscheine. Frau Müller-Preinesberger entgegnete, dass die Antragsprüfung auf der beschlossenen planungsraumbezogenen Kita-Bedarfsplanung basiere und deshalb zu diesem Ergebnis gekommen sei.

## Erneuerung der Fährstraße in Sacrow

Aufgrund von Anwohnerbeschwerden wollte Peter Kaminski wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, den Zustand der Fährstraße in Sacrow zu verbessern. Der Baubeigeordnete Matthias Klipp teilte mit, dass eine grundsätzliche Erneuerung der Straße kurz- und mittelfristig nicht vorgesehen sei. Innerhalb der Investitionsplanung sehe er hier auch keinen Schwerpunkt. Überdies wäre der grundsätzliche Ausbau auch beitragspflichtig für die Anlieger, was wohl nicht in deren Interesse läge. Nach einem Ortstermin habe man jedoch bereits Maßnahmen zur Gefahrenabwehr eingeleitet, die auch kurzfristig umgesetzt werden sollen.

## Rückkehr der Suppenküche

Nachdem der Neubau für die Suppenküche auf dem Gelände der Stadtverwaltung im vergangenen Jahr immer wieder verschoben worden war, erkundigte sich Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem aktuellen Sachstand. Burkhard Exner informierte, dass die Vorarbeiten zwischenzeitlich abgeschlossen seien und nun die Umsetzung beginne. Die Grundleitungen für den Modulbau sollen noch im Juli verlegt werden, die Montage der Container erfolge anschließend im August. Die Bauabnahme erfolgt voraussichtlich in der letzten Augustwoche - damit stünde einer Inbetriebnahme im September nichts mehr entgegen. Auf Nachfrage bestätigte Exner, dass die Weiterverwendung der gesponsorten und derzeit eingelagerten Kücheneinrichtung im neuen Objekt vorgesehen sei.

## Beschlossen

## Verkehrsführung Neuendorfer Straße

Die nach der Sanierung der Neuendorfer Straße am Stern vorgenommene Neuordnung der Verkehrsführungen für PKW, Radfahrer und Busse hat zu zahlreichen Beschwerden und gefährlichen Situationen geführt. DIE LINKE wollte die Verwaltung beauftragen, verschiedene Maßnahmen zu prüfen, um die Situation wieder zu verbessern. Der SVV soll nunmehr in ihrer September-Sitzung über das Prüfergebnis berichtet werden.

## Fällgenehmigungen

Nach der großen öffentlichen Debatte um die illegale Fällung eines geschützten Baumes im Bornstedter Feld hatte DIE LINKE beantragt, die Bearbeitungszeit für Fällanträge auf vier Wochen zu verkürzen. Dem wurde im Plenum mehrheitlich entsprochen.

## Umgesetzt

## Bürgerservice ohne Anmeldung nutzen

Nach Einführung einer Online-Terminvergabe war es ab April zunächst nicht mehr möglich, den Bürgerservice ohne Termin aufzusuchen. Darauf wurde DIE LINKE von zahlreichen Beschwerden aufmerksam gemacht. Deswegen wollte sie durchsetzen, dass die Leistungen auch weiter von Spontanbesuchern genutzt werden können. Die Verwaltung hatte bereits in der vergangenen SVV betont, dass dies immer möglich sei. In kürzester Zeit wurden nach der Mai-Sitzung die Informationen auf der Internetseite und vor Ort entsprechend modifiziert und auch die Terminvergabepraxis angepasst. Das Anliegen konnte daher für erledigt erklärt werden.

## Keine Bürgerbefragung zur Zukunft des Lustgartens

Nach der nunmehr abgeschlossenen zweiten Runde des Werkstattverfahrens zum Potsdamer Lustgarten zeichnet sich aus Sicht der LINKEN ab, dass sich der Bürgerwille, wenn überhaupt, nur sehr reduziert in den Ergebnissen wiederfinden wird. Angesichts des mit hohem Aufwand und immensen Kosten betriebenen Verfahrens ist dies aus Sicht von Hans-Jürgen Scharfenberg ein Armutszeugnis. Deswegen drängte DIE LINKE nun erneut darauf, nach Bekanntgabe des Jury-Ergebnisses im September über das Ob und Wann einer Bürgerbefragung zu entscheiden.

Vor allem der Baubeigeordnete Matthias Klipp und Grünen-Fraktionsvorsitzender Peter Schüler verteidigten das durchgeführte Verfahren vehement. Schüler sagte, man könne Bürgerbeteiligung nicht angreifen, wenn man mit dem Ergebnis nicht einverstanden sei.

Ralf Jäkel machte darauf aufmerksam, dass die sieben präsentierten Entwürfe von den tatsächlich beteiligten Bürgern alle als problematisch bewertet wurden, vor allem deshalb, weil in keinem der Entwürfe ein Fortbestand des Mercure vorgesehen war. Das wiederum war angesichts der von der Stadt formulierten Aufgabenstellung geradezu zwangsläufig. Die formulierte nämlich unter anderem, dass mit der Neugestaltung eine Sichtbeziehung zwischen Landtagsgebäude und Neptunbecken herzustellen sei, was de facto nur mit einem vollständigen Rückbau des Hotels erreichbar wäre.

Damit sei die eigentlich zentrale Gestaltungsfrage durch die Formulierung der Aufgabe bereits vorweggenommen worden. Die Verwaltung schmückte sich hier mit einem 500.000 Euro schweren Deckmäntelchen, ohne das Ziel des Hotelabrisses preiszugeben. Diesen Vorwurf formulierte Hans-Jürgen Scharfenberg in Richtung des Baubeigeordneten Klipp. Diese Form der Bürgerbeteiligung sei eine Farce.

Eine Mehrheit des Plenums sprach sich mit der Ablehnung des Antrags dennoch gegen die Durchführung einer Bürgerbefragung aus.

## Aufsichtsrats-Vergütungen begrenzen

Kürzlich hatte der Oberbürgermeister die Vergütungen für Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften neu geregelt. Je nach Größe der Gesellschaft sollten sie nach seinem Vorschlag zwischen 500,- und 2.000,- Euro jährlich betragen. Die Fraktion Die Andere wollte nun mit ihrem Antrag eine Begrenzung des Sitzungsgeldes auf das zehnfache des Sitzungsgeldes in der SVV - max. 130,- Euro erreichen. Ausgelöst von einem Einwand Peter Schülers erklärte sich ein großer Teil der Stadtverordneten, die selbst Aufsichtsräten angehören für befangen.

Der auch von der LINKEN unterstützte Antrag wurde letztlich in namentlicher Abstimmung mit 25:14 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.





**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

**Sommerferien vom 16. Juli bis 29. August 2015**

31. August 2015; 07.; 14.; 21. und 28. September 2015

**13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**

Stadthaus, Plenarsaal; Beginn 15 Uhr, 09. September 2015 (mit Einwohnerfragestunde)

**Frühschoppen Rathausreport Live**

13. September 2015; Beginn 10 Uhr

**Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistraße 37/39**

**Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2015**  
Stadthaus, Raum 3.107  
18. bis 23. September 2015 (außer Sa. und Sonntag)

**Info- Stände in den Stadtteilen**

18. und 19. September 2015  
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender**

am 28. Juli 2015; 17 Uhr bis 18 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Voranmeldungen sind möglich unter: Telefon: 0331/6005069  
Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

## Bürgertreff in Eiche gerettet

Der Bürgertreff Eiche war eine gute Adresse für den politischen Frühschoppen Rathausreport Live am Sonntagmorgen. Zwar war es hier auch nicht kühler als unter der Sonne, doch war die Freude bei den Besuchern nicht zu übersehen, dass die Kündigung des Mietvertrages abgewendet wurde. Werner Pahnhenrich, als amtierender Ortsvorsteher anwesend, dankte dafür ausdrücklich der LINKEN, die sich für den Bestand des Bürgertreffs stark gemacht hatte. Die Bedingungen seien geklärt, jetzt müsse nur noch der Mietvertrag mit dem Oberlinhaus, das das Gebäude des Bürgertreffs auf ihrem Gelände für eine Erweiterung des Hortangebotes nutzen wollte, unterschrieben werden.

Die Fraktion der LINKEN hatte zur Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, dass der Oberbürgermeister Möglichkeiten vorträgt, „wie die ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in ihrer Aufgabenerfüllung durch finanzielle Unterstützung des



Ehrenamtes weiter gestärkt werden können“. Der Oberbürgermeister hatte den Auftrag ablehnen wollen und musste erst nach Verweis auf die Kommunalverfassung an seine Pflicht erinnert werden, berichtete Hans-Jürgen Scharfenberg. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen. Es gebe in der Stadt bei zehn Bürger- und Begegnungshäusern viele verschiedene Modelle der Förderung. Es gehe auch um die Unterstützung und Anerkennung des Ehrenamtes bei der Führung der Häuser.

Rückenstärkung bekam die LINKE in Eiche auch für andere Anträge. Hans-Jürgen Scharfenberg informierte, dass er eine kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet hat, ob die Verwendung von 520.000

Euro, die das Land für eine Bürgerbeteiligung zur Zukunft des Lustgarten zur Verfügung gestellt hat, mit der Planungswerkstatt zweckbestimmt eingesetzt wurden. In der Ausschreibung an sieben handverlesene Architekturbüros war das Mercure durch die Forderung nach Herstellung der Sichtachse zwischen Landtag und Neptunbecken praktisch bereits im Ansatz „beseitigt“ worden.

Nachdem die LINKE bereits dreimal eine Bürgerbefragung zum Mercure gefordert hat, wurde sie in Eiche darin bestärkt, nicht aufzugeben.

Nicht aufgeben will eine Bürgerinitiative aus allen Parteien auch beim Thema Havelspanne/Westtangente, war aber mit dem Vorstoß, den dritten Havelübergang in Potsdam zu schaffen, gescheitert. Es gehe darum, das Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan zu halten. Da es keinen Beschluss der SVV dafür gab, werde die Bürgerinitiative ihren Vorschlag mit dem Gewicht von derzeit 2280 Unterschriften direkt beim Bund einbringen.



# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam